



*Kai Hirschmann*

# Der Aufstieg des Nationalpopulismus

Wie westliche Gesellschaften polarisiert werden

# Inhalt

<b>Vorwort</b>	7
<b>1 Der Nationalpopulismus als bürgerliche Gegenbewegung</b>	9
1.1 Die Krise des etablierten »Politikbetriebes«	10
1.2 Eine neue »Kombinationsideologie« als erfolgreiches Politikkonzept	16
Populismus	20
Nationalismus	24
Radikaler Konstruktivismus	27
Kultureller Rassismus	30
Ideologisierte Globalisierungskritik	35
Nationalpopulismus	38
<b>2 Nationalpopulisten auf dem Vormarsch</b>	43
2.1 Der »populistische Moment«	43
2.2 Die Wählerpotenziale nationalpopulistischer Bewegungen	46
Globalisierungängste	48
Die »Verbitterungsmilieus«	54
Protestwähler und -parteien	57
2.3 Die Erfolge von Personen und Parteien	64
2.3.1 »Aufständische Parteien«	64
2.3.2 (Mit-)Regierende Nationalpopulisten	68
»Make America hate again«: Trump und die Folgen	69
»Von den Knien aufstehen«: die PiS in Polen	77
»Schwarze Schafe raus«: die SVP in der Schweiz	89
»Der Geschichte auf die Sprünge helfen«: der Fidesz in Ungarn	99
»Bildung eines Kulturwalls«: die »Slowakische Nationalpartei«	106
»Eine Region der Hyggeligkeit«: Parteien in Skandinavien	109

## Inhalt

2.3.3	Starke Oppositionskräfte mit Perspektiven	117
	»Liebe deine Nächsten (Österreicher)«: die FPÖ	117
	»Verteidigung unserer Farben«: Front National in Frankreich	122
	»Wir tragen die Fackel der Freiheit«: die niederländische PVV	127
	»Draußen und stolz«: die UKIP in Großbritannien	132
	»Eine tausendjährige Zukunft«: die AfD in Deutschland	137
2.4	Die gemeinsame Programmatik: Themen und Inhalte	145
<b>3</b>	<b>Die Vermittlung: das Hexagon der national-populistischen Mobilisierung</b>	<b>153</b>
3.1	Die »alternativfaktische« Grundausrichtung und die Schaffung alternativer Wahrnehmungswelten	155
3.2	Die Hervorhebung sozialer Identitäten und Emotionalisierung bestimmter sozialer Gruppen	166
3.3	Die Verstärkung von Xenophobie, Stereotypen und Vorurteilen	175
3.4	Eine neue Sprache und angepasste sprachliche Deutungsrahmen	184
3.5	Die Etablierung selbstreferenzieller Systeme	193
3.6	Vermittlungstechniken über Medien und »Fake News«	202
<b>4</b>	<b>Die Auswirkung: Gefahr der Systembeseitigung und Polarisierung westlicher Gesellschaften</b>	<b>211</b>
<b>5</b>	<b>Der Umgang mit einem sich verstärkenden Phänomen</b>	<b>219</b>
	Die Politik: echte Alternativen statt Annäherung	221
	Die Zivilgesellschaft: Mehrheit gegen Minderheit	225
	Die Nährböden: Entwicklung der sozialen Rahmenbedingungen	228
	Die Wahrnehmungswelten: zur Bedeutung politischer Bildung	231
	<b>Anmerkungen</b>	<b>235</b>

## Vorwort

Nach Erscheinen meines Buches »Wie Staaten schwach werden – Fragilität von Staaten als internationale Herausforderung« bei der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) im August 2016 habe ich viele E-Mail-Zuschriften erhalten, und bei meiner Lesung im Rahmen des bpb-Sommerfestes am 17. September haben mich einige Leute auf die Inhalte angesprochen. Der Beitrag eines Gesprächspartners ist mir dabei besonders in Erinnerung geblieben. Er sagte: *»Sie nehmen uns mit auf eine Reise in schwächer werdende Staaten rund um die Welt. So weit brauchen wir doch gedanklich gar nicht zu reisen. Wenn man sich anschaut, welche Bewegungen im Moment in ganz Europa immer stärker werden und wie sich die Gesellschaften polarisieren, erodiert doch die gesellschaftliche Stabilität und die Wertegemeinschaft auch hier immer mehr. Der Staat wird dadurch schwächer.«* Er hatte recht und gab damit den Anstoß für ein neues Buchprojekt, das auch als »zweiter Teil« der Betrachtung staatlicher Fragilitätsprozesse verstanden werden kann.

Dabei geht es nicht darum, neue politische Weltbilder und Richtungen wie den Nationalpopulismus zu »bekämpfen«. Dieser soll auch nicht in eine »Neonazi-Ecke« gestellt werden. Wir dürfen allerdings auch nicht der Versuchung erliegen, das Phänomen zu unterschätzen und es »nur« mit »Populismus« zu umschreiben. Es ist mehr als das, nämlich eine neue Politik- und Weltanschauung jenseits gängiger Rechts-Links-Schemata. Diese Ideologie des Nationalpopulismus will gezielt bestehende politische, rechtliche und gesellschaftliche Ordnungen abschaffen und durch ein antagonistisches eigenes System ersetzen. Diese Herausforderung für bestehende demokratische und pluralistische Ordnungen wird das Buch explizit nachweisen.

Ich danke meinen Studentinnen und Studenten an der Universität Bonn für den kritischen Diskurs über das »Viereck der Staatenfragilität« und über meine Überlegungen zum Nationalpopulismus. Einen herzlichen Dank auch an die Bundeszentrale für politische Bildung für die freundliche Unterstützung des Projektes, besonders durch Dr. Hans-Georg Golz, Hildegard Bremer und Benjamin Weiss. Was der Autor sagen wollte, wurde erneut durch das exzellente und bewundernswert geduldige Lektorat von Christiane Filius-Jehne besser verständlich.

## Vorwort

In Dankbarkeit gewidmet ist das Buch Elzbieta und Daria Hirschmann, die beide als Wissenschaftlerinnen nicht nur wertvolle inhaltliche Ergänzungen zur Analyse des Nationalpopulismus beigetragen haben. Ihre darüber hinausgehenden »Erfahrungen« würden wiederum ein Buch füllen.

Bonn, im Juni 2017  
Kai Hirschmann

# 1 Der Nationalpopulismus als bürgerliche Gegenbewegung

Demokratie lebt vom Wettstreit kontroverser Positionen und Haltungen. Die Grenzen sind allerdings dort erreicht, wo Ideologien und Methoden politischer Wettbewerber darauf abzielen, Pluralismus einzuschränken und eine Änderung demokratischer Systeme und Verfassheiten herbeizuführen, die die Mehrheitsgesellschaft nicht mitträgt. Eine solche Tendenz ist dem Nationalpopulismus zuzuschreiben. Er wirkt somit polarisierend und destabilisierend auf die gesellschaftlichen Ausrichtungen und politischen Grundordnungen. Es besteht die Gefahr, dass sich dauerhaft parallele Systeme unversöhnlich gegenüberstehen, deren Widersprüche demokratisch nicht mehr aufgelöst werden können.

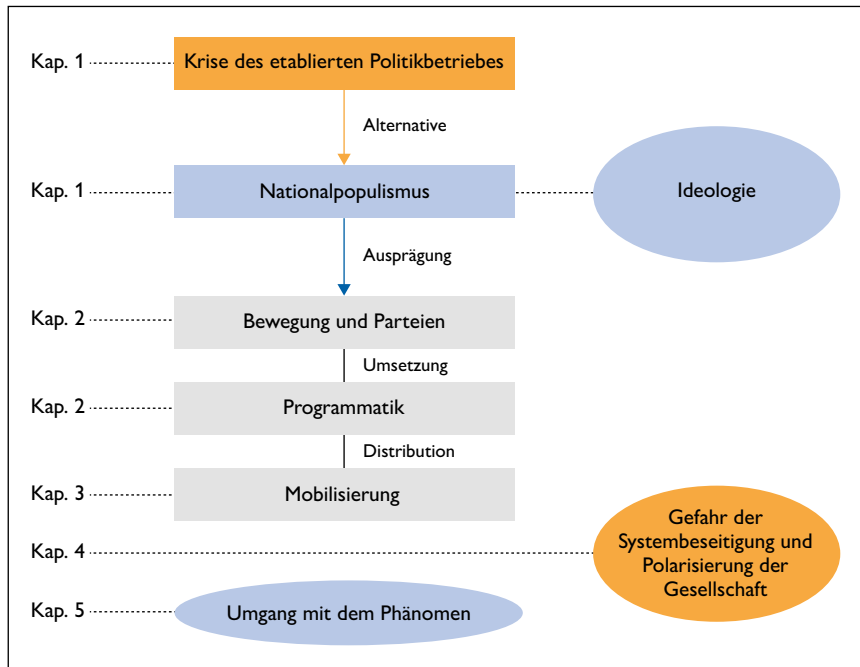
Nationalpopulisten wollen die Werte und Spielregeln verändern, nach denen unsere Gesellschaften funktionieren. Sie sind zunehmend erfolgreicher, weil es ihnen gelingt, eine steigende Anzahl von Menschen auf ihre Seite zu ziehen, die in ihrer Lebenswelt mit Internationalisierung bzw. Globalisierung nicht umgehen können oder wollen. Das Buch versucht, jenseits von Stigmatisierungen und »Schubladen« deutlich zu machen, welche »alternative Welt« sich die Nationalpopulisten ausgedacht haben und wie sie sie umsetzen wollen. Am Anfang steht eine Weltanschauung als Mischung verschiedener Ideologien, die eine Alternative zum etablierten Politikbetrieb darstellen soll. Aus dieser Weltanschauung heraus erklären sich die Gründung von Bewegungen und Parteien, die Programmatik und deren methodische Umsetzung (Abb. 1). Das Buch klärt dabei folgende Fragen:

- Welche Ursachen und ideologische Grundlagen hat der Nationalpopulismus? (Kap. 1)
- Welche Bewegungen und Parteien haben zum Aufstieg des Nationalpopulismus beigetragen? (Kap. 2)
- Welches sind die inhaltlichen Ausrichtungen (basierend auf den ideologischen Grundlagen)? (Kap. 2)
- Welcher Methoden, Vorgehensweisen und Instrumente bedienen sich Nationalpopulisten bei der Wählermobilisierung (auf Basis der Ideologie)? (Kap. 3)

## Der Nationalpopulismus als bürgerliche Gegenbewegung

- Was sind die Auswirkungen und Gefahren ihrer Politik für Staaten und Gesellschaften? (Kap. 4)
- Und wie kann der von ihnen betriebenen Spaltung der Gesellschaften entgegengewirkt werden? (Kap. 5)

Abb. 1: Inhaltliche Systematik des Buches



### 1.1 Die Krise des etablierten »Politikbetriebes«

»Umfragen suggerieren einen Vertrauensverlust in traditionelle politische Organisationen. Die Kluft zwischen Bürgern und Parteien scheint immer größer zu werden. Es scheint unbestreitbar: Parteien sind »alte« Organisationen, die keine Antworten auf »neue« Probleme einer globalisierten Weltgesellschaft geben können. Die Kommentatoren der Parteienkrise fordern daher Reformen der Parteien, »neue« Politiker oder »mehr innerparteiliche Demokratie« ein. Sie müssen sich ändern, oder alternative Organisationen werden an ihre Stelle treten.«<sup>1</sup>

Anfang der 1980er-Jahre brachte noch jeder Zweite den etablierten Parteien Vertrauen entgegen. Zwischen 1995 und 2005 fiel dieser Wert von 41 % auf 17%. Je nach Politikfeld trauen heute bis zu 40% keiner von ihnen Problemlösungskompetenz zu.<sup>2</sup> Ein vermeintliches Desinteresse, gepaart mit Trägheit und dem Glauben, mit der Wählerstimme könne ohnehin nichts erreicht werden, hat sich breitgemacht und ein Gefühl der Ohnmacht und Überforderung, ein »gesellschaftliches Burn-out«, angesichts unüberschaubarer Komplexitäten heraufbeschworen.<sup>3</sup> Politiker selbst haben diese Problematik bereits vor vielen Jahren, lange vor dem heutigen »Siegesszug« nationalpopulistischer Bewegung und Parteien erkannt: »Wir haben eine Krise der politischen Repräsentation, eine Krise der Repräsentanten, aber nicht minder eine Krise der Repräsentierten«, so das Fazit des damaligen Oberbürgermeisters von Hannover und späteren Ministerpräsidenten Stephan Weil am 20. Juni 2007 in Hannover.<sup>4</sup> Praktische Gegenmaßnahmen blieben aber wie auch bei fast allen anderen Politikern aus.

Hauptindikator der Krise der Parteiendemokratie ist die nachlassende repräsentative Qualität der Parteien, die sowohl an rückläufigen Wahlbeteiligungen und Stimmenanteilen als auch an der Zunahme »abweichenden« Stimmverhaltens und anderer Formen des politischen Engagements und Protests und Mitgliederzahlen abgelesen werden kann.<sup>5</sup> Zudem sind die Parteien in Europa oft zu »Parteien der Mitte« mutiert, deren Unterschiede kaum noch erkennbar sind und von deren uniformer Politik sich viele Bürger, insbesondere die von der Wohlstandsentwicklung tatsächlich oder befürchtet abgekoppelten Teile der Bevölkerung, nicht mehr repräsentiert fühlen.<sup>6</sup> Die Auflösung der Milieus und das Schwinden der früher identitätsstiftenden ideologischen Gegensätze haben die Bedingungen des Parteienwettbewerbs nachhaltig verändert. Die Parteien müssen heute um eine zunehmend wechselbereitere Wählerschaft werben, die sich bei der Stimmabgabe nicht mehr an weltanschauliche oder soziologische Gewissheiten gebunden fühlt. Aus der Sicht der Wähler kann diese Entwicklung nur dann begrüßenswert sein, wenn die politischen Anbieter auch klare Alternativen bereithalten.<sup>7</sup>

»Eine gut funktionierende Demokratie braucht den Zusammenstoß legitimer demokratischer Positionen – genau darum muss es bei der Konfrontation zwischen rechts und links gehen. Diese sollte kollektive Formen der Identifikation ermöglichen, die stark genug sind, politische Leidenschaften zu mobilisieren. Wenn die Konfiguration der Gegnerschaft fehlt, haben die Leidenschaften kein demokratisches Ventil, und die agonistische Dynamik des Pluralismus wird behindert. [...] Wenn



die politischen Grenzen verwischt werden, entsteht Unzufriedenheit mit den politischen Parteien, und es erstarken andere Formen kollektiver Identitäten – etwa im Bereich nationalistischer, religiöser oder ethnischer Identifikationsformen.«<sup>8</sup>

Der heute weitverbreitete »Konsens in der politischen Mitte« hat negative Folgen für die Politikgestaltung. Parteiprogramme lassen sich aufgrund von inhaltlicher Beliebigkeit und Profillosigkeit oft kaum noch voneinander unterscheiden, da sich durch die Verwischung zwischen links und rechts und die Überbesetzung der politischen Mitte eine inhaltliche »Verschwammung« breitmacht.<sup>9</sup> Daher sind die häufig anzutreffende Politikverdrossenheit und der zum Teil drastische Rückgang der Wahlbeteiligungen durch das Fehlen einer echten Wahl zwischen klar unterscheidbaren Alternativen zu erklären. Die Annäherung zwischen den Parteien rechts und links der Mitte hat darüber hinaus in vielen Staaten das Aufkommen nationalpopulistischer Parteien gefördert, deren Erfolg nicht zuletzt darauf beruht, dass sie als die Einzigen erscheinen, die eine wirkliche Alternative zur bestehenden Ordnung anbieten.<sup>10</sup>

In den Augen der Wähler ergeben sich darüber hinaus im Rahmen der Entwicklungen der letzten Jahre drei zentrale Probleme<sup>11</sup> für die »etablierte Demokratie«:

1. Politische Entscheidungen können Wirkungen auslösen, die sich nicht direkt auf Regierungshandeln zurückführen lassen.
2. Entscheidungsverfahren sind oft schwer nachvollziehbar, da eine unüberschaubare Anzahl von Akteuren daran mitwirkt.
3. An Entscheidungen, die auf europäischer und internationaler Ebene gefällt werden, können nicht alle Betroffenen beteiligt sein.

Ein wesentlicher Vorwurf einer wachsenden Zahl von Menschen gegenüber den heutigen politischen Systemen des Westens lautet zudem, dass diese Demokratien hinter einer Fassade formeller demokratischer Prinzipien zunehmend von privilegierten Eliten kontrolliert werden. Die Umsetzung neoliberaler Politik habe zu einer »Kolonisierung« des Staates durch die Interessen von Unternehmen und Verbänden geführt, sodass wichtige politische Entscheidungen heute außerhalb der traditionellen demokratischen Kanäle gefällt werden.<sup>12</sup> Der Legitimitätsverlust demokratischer Institutionen zeigte sich zunächst in einer zunehmenden Entpolitisierung, dann in der Stärkung systemkritischer Bewegungen und Parteien.

In der politischen und wissenschaftlichen Diskussion hat sich für die dargestellte Problematik der Begriff »Postdemokratie« etabliert. Maßgeblich geprägt und verbreitet wurde der Begriff durch eine Publikation

des britischen Politikwissenschaftlers Colin Crouch aus dem Jahr 2004.<sup>13</sup> Crouch definiert eine idealtypische Postdemokratie als ein Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden, dann allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, dass sie zu einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur über Dinge diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben. Parteien seien durch die Professionalisierung und Personalisierung am Medienmarkt zu Stimmenfängern verkommen. Darüber hinaus schwinde die Fähigkeit schwächerer Gruppen, ihre Belange in die politischen Debatten einzuführen. Zudem orientierten sich die Parteien zunehmend an den Interessen globaler Wirtschaftseliten und verwandelten sich – anstatt die Anliegen der Öffentlichkeit in der politischen Arena zu vertreten – in Apparate zum Stimmenfang, die nur der politischen Klasse selbst dienen.<sup>14</sup>

»Je mehr sich der Staat aus der Fürsorge für das Leben der normalen Menschen zurückzieht und zulässt, dass diese in politische Apathie versinken, desto leichter können Wirtschaftsverbände ihn mehr oder minder unbemerkt zu einem Selbstbedienungsladen machen. In der Unfähigkeit, dies zu erkennen, liegt die fundamentale Naivität des neo-liberalen Denkens.«<sup>15</sup>

Diskussionen über »Postdemokratie« sind eine Kritik an einer Demokratie, die sich institutionell über Interessengruppen und andere intermediäre Organisationen, Politiknetzwerke und korporatistische Arrangements organisiert.<sup>16</sup> Eines der wesentlichen »Versprechen« moderner Demokratien ist, über geeignete institutionelle Mechanismen einen gewissen Einfluss auf die eigene Lebenswelt ausüben und den Lauf der Dinge gemäß den eigenen Wertvorstellungen mitgestalten zu können. Voraussetzung hierfür ist allerdings, dass die demokratisch legitimierten Regierungen einen hinreichend großen Handlungsspielraum besitzen. Diese Voraussetzung ist jedoch seit einiger Zeit durch Postparlamentarismus (»Verhandlungsdemokratien« und Bedeutungsverlust nationaler Parlamente), Supranationalismus (Kompetenzen der Europäischen Union) und Internationalisierung der Ökonomie (Globalisierung der Märkte) zunehmend unter Druck geraten.<sup>17</sup>

»Der »verhandelnde Staat«, die suprastaatlichen Institutionen und eine internationalisierte Ökonomie mögen für sich genommen keine neuen Phänomene sein. Ihr Zusammenwirken und ihre gegenwärtige Expan-

sion haben jedoch eine Dynamik in Gang gesetzt, die die demokratischen Institutionen und Verfahren auf der nationalstaatlichen Ebene mehr und mehr aushöhlt.«<sup>18</sup>

Meist dienen im Rahmen solcher Entwicklungen drei Bereiche als Indikatoren für politische Unzufriedenheit: die Einstellung gegenüber politischen Institutionen, traditionellen Partizipationsformen sowie unkonventionellen Formen politischer Beteiligung. Festsustellen ist zwar keine Abnahme der Zustimmung zur Demokratie als Regierungsform, wohl aber ein Ansehensverlust zentraler politischer Institutionen und Akteure.<sup>19</sup> Der Rückgang traditioneller Partizipationsformen zeigt sich an sinkenden Wahlbeteiligungen. Wähler glauben nicht mehr, dass Parteien ihre Interessen vertreten, sodass deren Rolle als »Transmissionsriemen« zwischen Bevölkerung und Regierung zunehmend infrage steht.<sup>20</sup> Damit einher geht zum Teil die Hinwendung zu alternativen Partizipationsformen. Während an soziale Milieus gebundene Formen der Beteiligung an Bedeutung verlieren, werden individuelle und unkonventionelle politische Partizipationsformen wie die Unterstützung und Mitarbeit im Rahmen einer Bürgerbewegung wichtiger.<sup>21</sup> Auch wenn die Verwendung des Ausdrucks Postdemokratie skeptisch beurteilt werden kann, deckt sich die in ihm enthaltene Kritik dennoch mit aktuellen Analysen, die einen Gestaltwandel der Demokratie beobachten.<sup>22</sup>

Jahrzehntelang bestand das Handeln etablierter politischer Parteien zudem aus einer Programmatik und Rhetorik der »Alternativlosigkeit«. Grenzen ließen sich nicht mehr sichern, und zudem sei das auch moralisch fragwürdig. Im Gegenzug wurde ethnisch-kulturelle Diversität zur neuen Norm erhoben, die per se wünschenswert sei und keiner demokratischen Billigung bedürfe.<sup>23</sup> Mit dem politischen Schlagwort »TINA-Prinzip« wird dabei geltend gemacht, dass es zur aktuellen Ausrichtung der Politik keine (vernünftige) Alternative gebe. Das englische Akronym steht für »there is no alternative« (»Es gibt keine Alternative«). Überall in der westlichen Welt wurde das Mantra der Alternativlosigkeit als eine rhetorische Allzweckwaffe benutzt. Die »Gesellschaft für deutsche Sprache« erkor das Wort sogar zum »Unwort des Jahres 2010«. Politische Akteure erwecken den Eindruck, Regierungsoptionen seien eingeschränkt und demokratische Gestaltungs- und Handlungsspielräume würden immer kleiner. Die Aufgabe einer Opposition, andere politische Möglichkeiten und Wege aufzuzeigen, wirkt angesichts »alternativloser« Entscheidungen illusorisch oder obsolet.<sup>24</sup>

Mittlerweile werden die Wirkungen dieses politischen Diskurses auf die Gesellschaft erkennbar. Wähler gewinnen entweder den Eindruck, »die da

oben« könnten nichts mehr ausrichten, Wählen lohne sich also nicht. Oder sie suchen sich Alternativen fernab der etablierten Parteien. »Alternativlosigkeit« ist in den Augen vieler ein Sinnbild für ein kompromittiertes, elitäres System, das sich zwar Demokratie nennt, aber längst den Kontakt zu den Einstellungen und Sorgen der Menschen verloren hat.<sup>25</sup>

»Dass es keine Alternative gibt, ist natürlich eine Mär, es gibt zu allem eine Alternative, nur der Tod ist alternativlos. Wer sich mit der Alternative nicht auseinandersetzen mag, verhält sich undemokratisch. Er provoziert den anderen, ähnlich unnachgiebig aufzutreten. Und hat spätestens dann ein ernsthaftes Problem, wenn er sich auf einmal mit der Alternative auseinandersetzen muss, von der er Jahre lang behauptet hat, es gäbe sie nicht.«<sup>26</sup>

Nationalpopulistische Bewegungen und Parteien sind eine Art Flüchtlingslager für politisch Vertriebene. Ihren Zulauf verdanken sie den stärker werdenden Fliehkräften einer immer schneller um sich selbst kreisenden politischen Klasse. Im Gegensatz dazu versprechen die Nationalpopulisten Nähe und Halt sowie Verständnis für die Sehnsucht nach Übersichtlichkeit.<sup>27</sup> Politikverdrossenheit, das heißt geringes Vertrauen in Politiker und Unzufriedenheit mit Parteien, ist die zentrale Ursache von unkonventioneller politischer Partizipation im Rahmen von Protestaktionen. Da nationalpopulistische Einstellungen lange Zeit kaum in Politik oder Medien vertreten wurden, ist davon auszugehen, dass Menschen mit diesen Einstellungen unzufrieden mit Politik und Medien sind. Durch das Gefühl, weder vom politischen System vertreten noch in Medienberichten berücksichtigt zu werden, entwickelte sich eine Politik- und Medienverdrossenheit, aus der heraus Menschen eher bereit waren, an Demonstrationen teilzunehmen und zu protestieren.<sup>28</sup> So sind die Anfänge nationalpopulistischer Organisation in Straßen- und Protestbewegungen außerhalb traditioneller politischer Partizipation zu sehen.

Doch um dauerhaft stabil erfolgreich und nicht von »Stimmungsschwankungen der Straße« abhängig zu sein, bedurfte es der Gründung entsprechender Parteien, die sich dann zwangsläufig als kompletter Gegenentwurf zum etablierten Parteienspektrum aufstellen mussten. Sie sind umso erfolgreicher, je mehr es ihnen gelingt, »echte« und »unechte« Protestwähler auf ihre Seite zu ziehen. Der »echte« Protestwähler entscheidet sich nicht für die gewählte (nationalpopulistische) Partei, sondern gegen die anderen (»Establishment«-)Parteien. Der »unechte« Protestwähler hingegen kann in zwei Typen aufgeteilt werden. Der erste Typus kann sich mit kei-

ner Partei identifizieren, besitzt allerdings einen Hang zu »rechten« Überzeugungen. Seine Stimmabgabe für nationalpopulistische Parteien hängt in hohem Maße von den gesetzten Themen und der politischen »Gelegenheitsstruktur« ab. Der zweite Typus des »unechten« Protestwählers identifiziert sich dagegen mit der ideologischen Ausrichtung der Partei. Einige bereits länger etablierte nationalpopulistische Parteien zeichnen sich durch relativ konstante Wahlergebnisse auf höherem Niveau aus und sind weniger den Launen von Wechselwählern ausgesetzt. Sie haben es geschafft, ideologisch motivierte Protestwähler zu Stammwählern zu machen.<sup>29</sup>

Zusammenfassend haben sich die etablierten Parteien in den letzten Jahrzehnten stärker auf ihre Rolle in den politischen Institutionen fokussiert als auf die Anliegen ihrer Wählerschaft. Die Basis wurde intern vernachlässigt, die Mitwirkung von Aktivisten und Mitgliedern trat gegenüber der Kommunikation durch die Führungsriege in den Hintergrund. Zudem haben die Parteien ihre Positionen weitgehend einer »imaginären Mitte« angenähert, wovon in einigen Ländern auch die Häufigkeit großer Regierungskoalitionen zeugt. Vor diesem Hintergrund fällt es nationalpopulistischen Bewegungen und Parteien leicht, sich als Alternative zu präsentieren, die frischen Wind in verkrustete Strukturen bringt.<sup>30</sup> Nationalpopulisten wollen zwar eine systemische und politische Alternative »um jeden Preis« bieten, bedienen sich aber im Grunde der alten Methodik, denn der Verweis auf den »gesunden Menschenverstand« beruht auf dem gleichen Argumentationsmuster wie die Rede von Alternativlosigkeit: Beide karikieren die Handlungslogik parlamentarischer Aushandlungsprozesse und demokratischer Kompromissfindung und schaffen die Illusion einer vernünftigen, allen einsichtigen, da eindeutigen und besten Lösung.<sup>31</sup>

### 1.2 Eine neue »Kombinationsideologie« als erfolgreiches Politikkonzept

Immer, wenn ein relativ neues Phänomen kontinuierlich und stark an Bedeutung gewinnt, stellt sich die Frage nach der Benennung. Wissenschaftler und Politiker öffnen ihre gängigen, lieb gewordenen Schubladen und versuchen sich an Klassifizierungen. Dementsprechend groß ist das Verwirrspiel um Namen, und der Beobachter wird oft in der Erkenntnis zurückgelassen, dass nichts von alledem richtig passt. Dies gilt insbesondere, wenn sich Phänomene bewusst gängigen Schablonen zu entziehen versuchen, um damit einer »Standardetikettierung« entgegenzuwirken.

Oft wird von »Rechtspopulismus« gesprochen, was allein schon deshalb an Treffgenauigkeit leidet, weil sich die damit gemeinten Organisationen durchaus auch wesentlicher Versatzstücke traditionell »linker« Ideologie bedienen. Zudem finden sich in ihrem »Weltbildportfolio« mit dem »Populismus« und dem »Konstruktivismus« auch Ideologien, die nicht zwingend von vornherein als »rechts« eingeordnet werden können.

Darüber hinaus werden auch Abgrenzungen schwierig, wenn das Phänomen einfach weit in die »rechte Ecke« gestellt wird. Diejenigen, die mit flüchtigem Blick auf die Entwicklungen schauen, werden damit irgendeinen »faschistischen« oder »Nazibezug« assoziieren, der – personelle Ausnahmen bestätigen die Regel – häufig so falsch wie unpassend ist. Ein Unterscheidungskriterium ist, ob Bewegungen und Parteien eher noch innerhalb eines demokratischen Systems zu verorten sind oder außerhalb. Interessant ist, dass von diesen relativ neuen politischen Kräften zunächst nicht weniger, sondern durch die »unbedingte Herrschaft des Volkes« mehr Demokratie eingefordert wird. Darüber hinaus sollen den Menschen nach eigenen Aussagen keine Diktaturen auferlegt, sondern sie sollen von diesen (»internationale Institutionen«, »Meinungskartelle etablierter Parteien« und »gleichförmige Lügenpresse«) befreit werden. Eine solche Befreiung birgt andererseits immer die inhärente Gefahr, dass »Freiheitskämpfe in einen Autoritarismus umschlagen können. Wie aus der Forderung nach mehr Demokratie eine Herrschaft werden kann, die sich gegen alles wendet, das nicht dem angeblichen Volkswillen entspricht«. <sup>32</sup>

Wo ist ein gangbarer Weg durch den Begriffsdschungel? Fest steht zunächst: Es handelt sich hier nicht um eine faschistische oder nationalsozialistische Ideologie. Auch nicht um »Neonazis« oder Rechtsextremismus. Handelt es sich um »Rechtspopulismus«? Der Begriff wird dem neuen Phänomen in Europa auch nicht wirklich gerecht, da neben den Ideologien auch der weit überwiegende Teil der Wähler derartiger Parteien nicht als »klassisch rechts« einsortiert werden können (Kap. 2): Die AfD in Deutschland wird zum Beispiel zu großen Teilen von jenen gewählt, die jahrzehntelang als sozialdemokratische Kernklientel galten. Ähnliches lässt sich in anderen Ländern beobachten. Unter Arbeitern und Arbeitslosen haben derartige Parteien großen Zuspruch. Darüber hinaus sprechen sie nicht nur Bürger mit einfacher, sondern zunehmend mit mittlerer Bildung an. Damit gelingt es derartigen Bewegungen und Parteien nicht nur, die Abgehängten zu mobilisieren, sondern auch größere Teile der Mittelschicht zu erreichen. <sup>33</sup>

Passt die Klassifizierung »rechts« überhaupt zum Phänomen und der Kombination der dargebotenen Weltbilder? Es gibt immer mehr Beobach-

ter, die bezweifeln, dass das traditionelle »Rechts-Links-Schema« überhaupt noch greift. Anthony Giddens brachte bereits 1997 zum Ausdruck, dass die traditionellen Koordinaten von »links« und »rechts« im Grunde nicht mehr taugen, um politische Lager und ihre Politiken zu unterscheiden.<sup>34</sup>

»Viele, die sich Konservative nennen, sind in Wirklichkeit Radikalmodernisierer. Sie propagieren freie Märkte, die bekanntlich dazu neigen, traditionelle Lebensformen aufzulösen, umso radikaler, je globaler die Märkte sind. Dieser Konservatismus bedeutet offenbar nicht mehr Bewahrenwollen. Auf der anderen Seite agieren heute die Linken konservativ im alten Wortsinn, wenn es um den Sozialstaat geht.«<sup>35</sup>

In dieser Hinsicht taugen »links« und »rechts« heute auch nicht mehr wirklich, um zwischen politischen Konzepten zu differenzieren. Auch daran hat Anthony Giddens, der Berater des späteren britischen Premierministers Tony Blair (1997–2007) war, mit seinem »Dritten Weg der Mitte« und dessen Erfolg Anteil, denn dieser hat auch dazu beigetragen, dass fortan immer weniger Parteien in Europa als »rechts« oder »links« klassifiziert werden wollten. Alles ballte sich so lange um eine »gefühlte politische Mitte«, bis eine Unifizierung kaum noch zu übersehen war. Bekannt geworden ist diese Entwicklung als »Konvergenz der linken und rechten Mitte«. Früher galt als Weisheit: Wahlen werden »in der Mitte« gewonnen. Mittlerweile werden sie dort verloren, könnte man angesichts der neuen Phänomene überspitzt entgegenhalten.

Also ist eine Bezeichnung nötig, die das Phänomen zutreffender beschreibt. Wie bei einer zunehmenden Zahl anderer Autoren auch fiel die Wahl angesichts der propagierten ideologischen Mixtur und Programmatik in diesem Bereich auf den Begriff »Nationalpopulismus«, der in Folge ausführlich definiert und verwendet werden soll und der auch eine Abgrenzung zu den »alten« rechtspopulistischen Parteien in Europa erlaubt.

Timothy Gordon Ash bringt die Herausforderung auf ideologischer und methodischer Ebene, um die es hier geht, mit seinem Kommentar »Der Nationalpopulismus flutet den Westen« treffend auf den Punkt:

»Lehrt uns die Geschichte irgendetwas über solche wellenartigen Phänomene, die mehr oder weniger zu gleicher Zeit an verschiedenen Orten auftauchen, in unterschiedlichen nationalen und regionalen Ausprägungen, die aber trotzdem einige Gemeinsamkeiten aufweisen? Nationalpopulismus in der Gegenwart, globaler (oder Neo-)Liberalismus in den 90ern, Faschismus und Kommunismus in den 1930ern und

1940ern, Imperialismus im 19. Jahrhundert. Zwei Lektionen vielleicht: Diese Entwicklungen brauchen viel Zeit, um aufzugehen. Und um sie rückgängig zu machen, braucht es Mut, Entschlossenheit, Beharrlichkeit, die Entwicklung einer neuen politischen Sprache und neue politische Antworten für reale Probleme.«<sup>36</sup>

Populismus war auf der »politischen Bühne« nicht immer nur negativ konnotiert. In der Vergangenheit gab es auch ein positives Populismusverständnis. Dies gilt zum Beispiel für Phasen der US-Geschichte, als der Populismus zum Instrument wurde, sich gegen Ungerechtigkeiten zur Wehr zu setzen, ohne das System selbst infrage zu stellen.<sup>37</sup> Das hat sich geändert. Heutige »populistische« Parteien und Bewegungen gewinnen an Zulauf, weil sie vor dem Hintergrund einer Gesellschaft, die durch Krisen oder Umbrüche politischer, wirtschaftlicher oder gesellschaftlicher Natur herausgefordert wird, das etablierte politische System und Verhaltensmuster infrage stellen.

In den letzten drei bis vier Jahrzehnten waren Politik und Gesellschaft in der westlichen Welt von einer starken wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Liberalisierungstendenz geprägt. Hierzu gehören die Privatisierung von öffentlichen Unternehmen, die Deregulierung von Märkten sowie der Abbau sozialer Sicherungsnetze. Auch die zunehmende Öffnung nationaler Grenzen in den letzten Jahrzehnten lässt sich als Teil einer allgemeinen Liberalisierungstendenz verstehen. Daneben wächst die gesellschaftliche Vielfalt bzw. wird sichtbarer. Weltweit nehmen Migrationsbewegungen zu, die die gesellschaftliche Diversität und damit eine größere religiöse, sprachliche und kulturelle Vielfalt wachsen lassen. Die wirtschaftliche und die gesellschaftlich-kulturelle Liberalisierung erzeugten Gewinner und Verlierer. Die wirtschaftliche Liberalisierung sollte das Wirtschaftswachstum und den Wohlstand fördern, führte aber gleichzeitig auch zu wachsender Ungleichheit. Durch die gesellschaftliche Liberalisierung wiederum wächst die Freiheit des Einzelnen. Gleichzeitig lösen sich aber auch kulturelle Sicherheiten auf, traditionelle Hierarchien werden infrage gestellt und soziale Verhaltensweisen müssen neu ausgehandelt werden.<sup>38</sup>

Globalisierung und Liberalisierung schränken zudem die Handlungsspielräume der Nationalstaaten und damit auch der nationalstaatlich organisierten Parteien ein. Durch die Öffnung der Grenzen wuchs die wechselseitige Abhängigkeit zwischen den Staaten, was es schwierig macht, Liberalisierungsschritte rückgängig zu machen. Hinzu kommt, dass die Nationalstaaten sich oft auch rechtlich durch internationale Verträge



zur Aufrechterhaltung von Freiheitsfortschritten verpflichtet haben. Die etablierten Parteien der linken und rechten Mitte stehen damit vor einem strukturellen Dilemma: Sie können Politik zunehmend nur noch auf überstaatlicher Ebene und nur durch Zusammenarbeit gestalten, müssen aber die Ergebnisse in nationalen Wahlkämpfen »verkaufen«, in denen in Wirklichkeit immer weniger zur Entscheidung steht. Den Parteien an den politischen Rändern verschafft dies einen doppelten Vorteil. Zum einen können sie sich im Wahlkampf als die einzige »echte Alternative« präsentieren, und zum anderen bietet ihnen die unzureichende demokratische Legitimität der überstaatlichen Institutionen ein Einfallstor, um den Liberalisierungskurs als eine »Fremdherrschaft« supranationaler Eliten anzugreifen, gegen die »das Volk« die Kontrolle zurückgewinnen müsse.<sup>39</sup>

Diese Entwicklungen und Argumente sind der Kern einer neuen »Kombinationsideologie«, hier »Nationalpopulismus« genannt. Beim rasanten Aufstieg von nationalpopulistischen Bewegungen und Parteien in Europa und den USA geht es nicht nur um einzelne politische Fragen. Es geht um die Etablierung alternativer Politiksysteme und um die strukturelle Polarisierung westlicher Gesellschaften in einer Mixtur aus fünf unterschiedlichen Einzelideologien, die zu der neuen Weltanschauung des »Nationalpopulismus« verschmelzen. Dabei soll in diesem Buch der Begriff »Ideologie« wissenssoziologisch als Bezeichnung für ausformulierte Leitbilder sozialer Gruppen oder Organisationen verstanden werden, die zur Begründung und Rechtfertigung ihres Handelns dienen (Ideen, Erkenntnisse, Kategorien und Wertvorstellungen), also ein System von Meinungen und Haltungen, die eine Art politische Theorie dahingehend bilden, wie ein Staat aufgebaut, strukturiert und regiert sein sollte. Eine politische Ideologie ist die Gesamtheit der Ideen, Vorstellungen und Theorien zur Begründung und Rechtfertigung politischen Handelns. Eine Ideologie möchte die Welt nicht nur erklären, sondern auch beeinflussen, sodass politische Ideologien Ausdruck verfestigter politischer Normen und Einstellungen mit einem normativen Gestaltungsanspruch sind.<sup>40</sup> Dies trifft für die »Kombinationsideologie« des Nationalpopulismus zu.

### Populismus

Populismus an sich existiert, seit es Politiker gibt, die zur Durchsetzung ihrer Vorstellungen und Ideen Mehrheiten überzeugen müssen. Dabei geht es häufig auch um eine »Komplexitätsreduktion«, die geeignet scheint, um Sachverhalte einer heterogenen Wählerklientel näherzubringen. In diesem Buch ist allerdings der »populistische Parteytyp« Gegenstand der Betrachtung, der von jenen Bewegungen und Parteien abgegrenzt werden muss,

die sich nur gelegentlich populistischer Methodik und Mobilisierung bedienen. Etablierte Parteien des »Rechts-Links-Spektrums« haben einen unterschiedlichen programmatischen und ideologischen Kern, der nicht auf populistischen Ausprägungen wie Antielitarismus und Nationalismus beruht, sondern vor allem pluralistische Komponenten beinhaltet, was sie deutlich von populistischen Akteuren unterscheidet.<sup>41</sup> Etablierte Parteien wählen fallweise populistische Elemente, machen sie aber nicht zur ideologischen Grundlage ihres Handelns.

Populismus hat vier Dimensionen<sup>42</sup>:

- 1) die »technische Dimension« als vereinfachender Politikstil, der mit bilderreicher Sprache eine direkte Verbindung zum »Volk«, den einfachen Leuten, konstruiert sowie agitatorisch in einer gegen das Establishment (gegen die Eliten) gerichteten Haltung auftritt;
- 2) die »inhaltliche Dimension« als Konzentration auf mobilisierungsfähige Protestthemen sowie reale oder imaginäre Missstände;
- 3) die »personelle Dimension« einer zentralen Figur mit Ausstrahlung. Typisch für populistische Bewegungen sind daher »charismatische Galtionsfiguren«, die in der Lage sind, Wählerstimmen zu generieren; klassische »Führungsfähigkeiten« sind dabei oft anzutreffen, aber, wie das Beispiel Donald Trump zeigt, nicht zwingend erforderlich;
- 4) die »mediale Dimension«, in der mit dem Blick auf die Schlagzeilen positiver oder negativer Art die Massenmedien in einer Art Symbiose genutzt werden.

Populisten sind darauf aus, das Wort für die Bevölkerung zu ergreifen und deren Interessen zu vertreten. Daher besteht die »technische Dimension« des Populismus im Kern aus sechs Bestandteilen<sup>43</sup>:

- a) dem Ansprechen von Problemen. Populisten sprechen gern Probleme an, die etablierte Parteien nicht thematisieren. So haben sie einen diskursiven Vorteil und erscheinen glaubwürdiger;
- b) dem Anheizen von Gefühlen, was oft durch das Erzählen von Geschichten über Einzelfälle mit erfundenen Zahlen und verzerrten Darstellungen geschieht;
- c) der Verbindung mit dem demagogischen Weltbild. Einzelfälle werden verallgemeinert und als Eigenschaften ganzer Gruppen – der »anderen« – hingestellt;
- d) der Benennung von Verantwortlichen (»Sündenböcken«) für die thematisierten Probleme;
- e) dem Versprechen einer Besserung, die nur mithilfe der Populisten gelingen kann;

f) dem Bild einer besseren Zukunft für den Fall, dass die vorgeschlagene Abhilfe (etwa die, den bedrohlichen Einfluss der »anderen« zurückzudrängen) durchgesetzt wird.

Populismus wird in der Wissenschaft in zwei verschiedene Richtungen gedeutet. Zum einen wird unter dem Populismusbegriff die Art und Weise sowie ein gewisser Stil des »Politikmachens« verstanden. Auf unmissverständlichem und simplifizierendem Wege sollen »dem Volk« politische Botschaften und Inhalte vermittelt werden. Zum anderen wird betont, dass der Populismus inzwischen eine eigene inhaltliche Substanz gewonnen habe. Der permanente Bezug auf »das Volk« als Gegenpol zur herrschenden, korrupten Elite wurde zum festen Charakteristikum.<sup>44</sup>

»Der ideologische Trick des Populismus besteht darin, sich als demokratisch, volksnah und volkstümlich hinzustellen und dadurch alles, was differenzierter ist als die angebliche ›Volksmeinung‹, also vor allem die intellektuelle Kritik, als elitär, und das heißt undemokratisch, volksfeindlich erscheinen zu lassen.«<sup>45</sup>

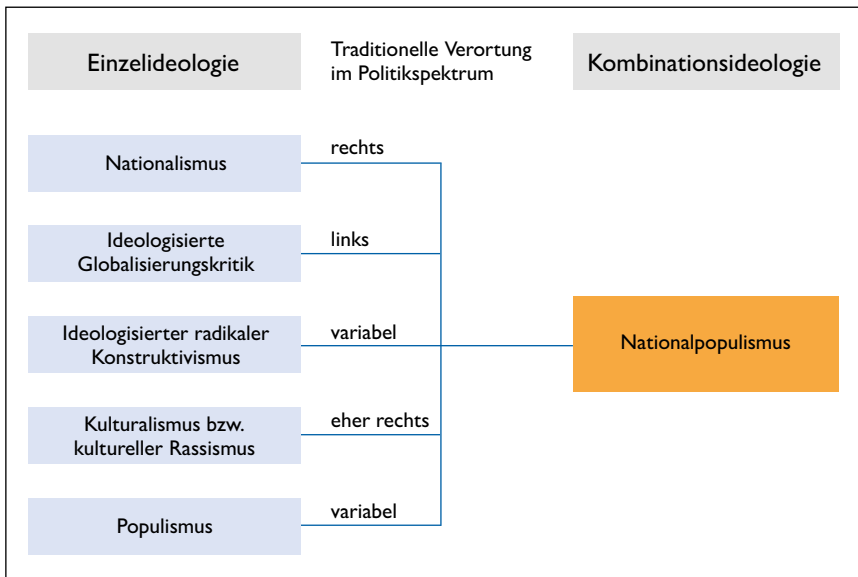
Populismus schürt Emotionen, Vorurteile und Ängste der Bevölkerung für eigene Ziele und bietet einfache, klare Lösungen für politische Probleme an (Schwarz-Weiß-Schema). Er ist originär ohne politische Zuordnung, damit sowohl links als auch rechts der politischen Mitte zu finden und bedarf mithin der Anreicherung mit politischen Richtungen und Inhalten. Eine Möglichkeit dabei ist die Ausrichtung an einer aggressiven, agitatorischen und ausgrenzenden Identitäts- und Nationalpolitik.

Für Margaret Canovan ist dieser »programmatische Populismus« eine Ideologie, deren »Herzstück« unzweifelhaft »das Volk«, verbunden mit »Demokratie«, »Souveränität« und »Herrschaft der Mehrheit«, ist. Populismus ist dabei die Herrschaft durch das souveräne Volk, nicht durch gewählte Politiker, Bürokraten oder Richter, und »Demokratie« sieht vor, dass politische Entscheidungen der Kontrolle des Volkes unterworfen sind.<sup>46</sup> Auch Cas Mudde erkennt im Populismus eine »polarisierende Ideologie mit dünner Mitte« und definiert ihn als ein System von Meinungen und Haltungen, nach der Gesellschaften in zwei homogene und antagonistische Gruppen geteilt sind: das »wahre Volk« einerseits und die »korrupte Elite« andererseits. Politik sollte dabei Ausdruck des grundsätzlichen Willens »des Volkes« sein.<sup>47</sup> Populisten stellen sich so dar, als würden sie diesen Willen nicht nur kennen, sondern jederzeit gegen »die Eliten« vertreten.

Populismus kann reaktionär, revolutionär oder auf den Status quo bezogen und demokratisch oder antidemokratisch orientiert sein. Er kann inst-

strumenteller Bestandteil von Konservatismus, Sozialismus, Liberalismus oder Nationalismus sein.<sup>48</sup> Populismus funktioniert wie eine »Ideologie ohne Weltanschauung«, da er eine recht starre ideologische Form mit sehr variablen Inhalten zusammenbringt.<sup>49</sup> Das erklärt, warum er leicht zum Anhängsel anderer Ideologien mutiert und einem weiten Spektrum von politischen Positionen zugeordnet werden kann.<sup>50</sup> Als »polarisierende Ideologie mit dünner Mitte« ist Populismus daher a priori nicht in ein Links-Rechts-Schema einzuordnen, sondern muss mit anderen Ideologien verknüpft werden.<sup>51</sup>

Abb. 2: Nationalpopulismus als »Kombinationsideologie«



Auch der »Nationalpopulismus« kann daher als eine »Kombinationsideologie« bezeichnet werden. Hier werden bis zu fünf Einzelideologien strukturell kombiniert: Neben dem Populismus finden sich dort Nationalismus, Konstruktivismus, Kulturalismus und ideologisierte Antiglobalisierung (Abb. 2). Zur Stimmenmaximierung bedienen sich die nationalpopulistischen Parteien heute intensiv aus einem »ideologischen Gemischtwarenladen«. »Weder rechts noch links – französisch!« lautet zum Beispiel ein wichtiger Slogan des *Front National* (FN).

## Nationalismus

Der Nationalismus ist ein wesentlicher Teil der »nationalpopulistischen Kombinationsideologie« (Abb. 2). Unter Nationalismus wird allgemein ein politisches Weltbild und Verhalten verstanden, das nicht die Gleichwertigkeit aller Nationen annimmt. Neben einem ethnischen, ausgrenzenden Nationsverständnis innerhalb existierender Staaten fällt darunter auch der nach außen gerichtete politische Nationalismus, der sich vor allem gegen andere Nationen bzw. »Völker« richtet und diese abwertet. Grundsätzlich kann dabei zwischen zwei Nationsverständnissen unterschieden werden: der etatistischen Nation, die auf gemeinsamen Wertvorstellungen und auf dem Bekenntnis zu einem gemeinsamen Staat basiert, sowie der kulturellen Nation, die auf vorgegebenen, unwandelbaren ethnischen Kriterien beruht.<sup>52</sup> Der Nationalpopulismus vertritt immer die zweite Auffassung. In diesem Zusammenhang sind vier Überzeugungen zu nennen, die alle Nationalisten unabhängig von den ihnen zuzuordnenden Regionen oder historischen Besonderheiten verbinden<sup>53</sup>:

- Die Menschheit besteht aus Völkern, wobei jedes Volk seinen Nationalcharakter hat. Nur durch dessen Entfaltung kann es zu einer harmonischen Völkergemeinschaft kommen.
- Um diese nationale Selbstverwirklichung zu erreichen, müssen sich die Menschen mit ihrem Volk, ihrer Nation, identifizieren. Die daraus erwachsende Loyalität steht über anderen Loyalitäten.
- Nationen können sich nur in eigenen Staaten mit eigenen Regierungen voll entwickeln.
- Die Quelle aller legitimen politischen Macht ist die Nation. Die Staatsgewalt hat allein nach deren Willen zu handeln, sonst verliert sie ihre Legitimität.

Nationalismus liegt dann vor, wenn die Nation die gesellschaftliche Gruppe ist, der sich der Einzelne in erster Linie zugehörig fühlt, und wenn die emotionale Bindung an die Nation und die Loyalität ihr gegenüber das Wichtigste sind. Nicht der Stand oder die Konfession, nicht eine Dynastie oder ein partikularer Staat und auch nicht die soziale Klasse bestimmen den überpersonalen Bezugsrahmen. Der Einzelne fühlt sich auch nicht länger als Mitglied der Menschheit und damit als Weltbürger, sondern vielmehr als Angehöriger einer bestimmten Nation.<sup>54</sup>

Einen wichtigen Beitrag zur Nationalismusforschung leistete der britische Universalhistoriker Eric J. Hobsbawm. Immer wieder verwies er zunächst darauf, dass die Begriffsinhalte von »Nation« sich in den letzten Jahrhunderten in bestimmten Perioden stark wandelten. So wurde »Nation« in der Französischen Revolution mit liberalen und radikalen Ideen gleich-

gesetzt, im Laufe des 19. Jahrhunderts mit territorialer Selbstbestimmung und politischer Unabhängigkeit sowie schließlich ab dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts verstärkt mit der absoluten Überhöhung der »eigenen Nation« gegenüber den als minderwertig apostrophierten »anderen.«<sup>55</sup>

Hobsbawm beschreibt Nationen als »erfundene Tradition«: Nationalismus und Staat übernahmen die Assoziationen von Verwandtschaftsgruppe, Nachbarschaft und von Heimatboden und übertrugen sie auf Territorien und Bevölkerungen von einem Umfang und einer Größe, die diese Begriffe auf reine Metaphern reduzierten. Doch mit dem Niedergang der wirklichen Gemeinschaften, an die die Menschen gewöhnt waren (Dorf, Großfamilie, Gemeinde), empfanden Menschen das Bedürfnis, etwas anderes an ihre Stelle zu setzen. Diese Leerstelle konnte von der imaginären Gemeinschaft der »Nation« ausgefüllt werden.<sup>56</sup> Es gibt nach Hobsbawm realhistorische Entwicklungen zum Beispiel bei der Nationwerdung, die auf sozial erfundenen Traditionen und Mythen aufbauen, die als natürlich und damit unverhandelbar erklärt werden. Der völkische Nationalismus machte sich diese Mythen in aggressiver Weise zu eigen.<sup>57</sup> Diese »erfundene Tradition« bietet auch viel Potenzial für Nationalpopulisten: »Nationale Mythen entstehen nicht spontan aus den tatsächlichen Erfahrungen der Menschen. Sie sind etwas, das Menschen von anderen übernehmen: von Schriftstellern, Historikern, aus Filmen und heute von Menschen, die Fernsehsendungen machen.«<sup>58</sup>

Im späten 18. Jahrhundert kam »Nationalismus« als eine moderne Ideologie auf, die darauf abzielte, Nationalstaaten zu schaffen oder bestehende Staaten in Nationalstaaten umzuwandeln. Nationalismus war Teil des Zeitgeistes und somit »erfunden«, obwohl er auf älteren Motiven, Visionen und Idealen fußte.<sup>59</sup> Die bekannteste Ausprägung des Nationalismus ist der »ethnische Nationalismus«, der davon ausgeht, dass jedes Volkstum »rasenbestimmt« sei und jede Ethnie auch gleichzeitig eine Volksnation bilde. Ethnonationalismus wird allgemein als Ideologie von Völkern verstanden, die sich als staatenlose Nation begreifen, auf die Bildung eines eigenen Nationalstaates abzielen und dies durch tatsächliche oder angebliche ethnisch-kulturelle »Besonderheiten« rechtfertigen.<sup>60</sup> Wer mit der Konzeption des »Ethnonationalismus« arbeitet, muss aber nicht von durchgehenden Kontinuitäten ausgehen, denn der Begriff »Ethnie« ist ebenso wie der Nationsbegriff offen für historischen Wandel.<sup>61</sup>

Auf sehr große Resonanz in der Nationalismuskonzeption stieß das Buch »*Blood and Belonging*« (»Blut und Zugehörigkeit«) von Michael Ignatieff Ende 1993, denn es versuchte teilweise eine Entdämonisierung des Nationalismus. In einem Klima der Angst und Bedrohung böte ethnischer

Nationalismus eine überzeugende Antwort auf die Frage, wo Schutz und Sicherheit gefunden werden könne, wenn die Institutionen des Staats dies nicht mehr gewährleiste: »Traue nur denjenigen deines eigenen Blutes.«<sup>62</sup> Ignatieff hatte dabei allerdings mehr gewalttätige innerstaatliche Auseinandersetzungen nach dem Ende des Kalten Krieges vor Augen und war kein Verfechter des Ethnonationalismus. Er stellt das Konzept des positiven »zivilen Nationalismus« als Mittel zur Krisenbewältigung in das Zentrum seiner Überlegungen. Im Gegensatz zum ethnischen Nationalismus, der nur solche Menschen als Teil der Nation ansieht, die zur entsprechenden Ethnie gehören, bestehe beim »zivilen Nationalismus« die Nation aus gleichberechtigten Bürgern, die sich der politischen Verfasstheit einer Gemeinschaft gegenüber verpflichtet fühlen. Ein solches Nationsverständnis sei integrativer und für ethnisch heterogene Regionen angemessener<sup>63</sup>, was Nationalpopulisten aller Couleur grundlegend anders sehen.

Häufig wird im Nationalismus auch der Begriff der »Kulturnation« verwendet. Unter einer solchen »Nation« wird eine Gemeinschaft von Menschen verstanden, die sich durch Sprache, Traditionen, Kultur und Religion miteinander verbunden fühlen. Der Historiker Friedrich Meinecke unterschied 1908 zwei Typen der Begründung einer Nation: Staatsnation und Kulturnation. Frankreich stand für die Staatsnation, Deutschland für die Kulturnation.<sup>64</sup> Deutschland konnte sich zu dieser Zeit noch nicht über staatliche Strukturen definieren, weshalb man die »deutsche Nation« über eine gemeinsame Sprache und Kultur bestimmte. Schon kurze Zeit später allerdings wurde der Begriff »Kulturnation« völkisch aufgeladen und rassistisch konnotiert, was ihn zu einer »Blutgemeinschaft soft« machte.<sup>65</sup>

Das Nationalgefühl einer »Kulturnation« beruht also auf einer gemeinsamen Kultur, wobei diese »Nation« einem Staat gedanklich vorgelagert und von staatlichen Grenzen unabhängig ist. Bedenklich ist an den meisten nationalistischen Konzepten einer »Kulturnation«, dass sie dem Irrtum erliegen, dass Kulturen homogene, statische Gebilde seien. In Wirklichkeit sind sie wandlungsfähige, offene »Transkulturen« und verändern sich im permanenten Austausch mit anderen Kulturen.<sup>66</sup> In der Literatur wird zum Beispiel Katalonien häufig als »Kulturnation« bezeichnet. Mindestens eine Million der über sieben Millionen Katalanen sind allerdings Immigranten aus Lateinamerika, Afrika und Asien, die häufig bereits Mühe haben, Spanisch zu lernen. Auch eingewanderte Spanier machten sich oft nicht die Mühe, die lokale Sprache und Kultur zu erlernen.<sup>67</sup> Die unterschiedlichen Kulturen der »Zugewanderten« verändern zwangsläufig die »Kulturnation« Katalonien. Die Fiktion einer homogenen, unveränderten »Kulturnation«

ist also nur durch konsequente Abschottung von der Umgebung aufrechtzuerhalten. Genau das fordern Nationalisten immer wieder vehement.

Begründet wird die Notwendigkeit nationalistischer Bewegungen gern mit einem Gefühl der Diskriminierung der von ihnen Vertretenen (»dem Volk«) auf politischer, wirtschaftlicher oder gesellschaftlich-kultureller Ebene.<sup>68</sup> Daneben kann ein Bewusstsein eigener Überlegenheit zur Herausbildung nationalistischer Bewegungen führen, wenn etwa bestimmte Bevölkerungsgruppen sich dagegen wenden, ihren Wohlstand mit vermeintlich weniger entwickelten (zum Beispiel Einwanderern und Fremden) innerhalb eines Staates teilen zu müssen (»Besitzstandswahrungsnationalismus«).<sup>69</sup>

Religionen werden immer wieder zur Legitimierung nationaler Identitäten herangezogen oder beansprucht, im Kern Nationalismus zu sein. Nationalpopulisten propagieren Nationalismus daher oft auch als »religiösen Nationalismus«, das heißt, es kommt noch eine besondere religiöse Überzeugung hinzu. Überall, wo ein Land ethnisch und kulturell nicht mehr homogen ist, wird von Politik, Mehrheitsreligion und Medien häufig die konfessionelle Karte gespielt, um die Bevölkerung zu eintreten. Dies korrespondiert mit dem Wunsch vieler in der Mehrheitsbevölkerung, die eigene kulturelle Identität zu schützen gegen wachsende andersgläubige Minderheiten. Das wiederum kann schnell zu religiösem Nationalismus führen.<sup>70</sup> Nationalismus kann so als eine »politische Religion« verstanden werden und wird zum Religionsersatz.

Viele internationale Menschenrechtsnormen und -dokumente sowie praktisch alle Verfassungen westlicher Staaten legen fest, dass sich der Staat im Umgang mit den religiösen Belangen seiner Bürger neutral und unparteiisch zu verhalten hat. Dem Staat obliegt es, seinen Bürgern unabhängig von Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Überzeugung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Status (Artikel 2 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte) gleiche Rechte und Privilegien zu garantieren. Per definitionem darf es keine bevorzugte Behandlung einer Kultur gegenüber einer anderen geben. Genau dies ziehen Nationalpopulisten in Zweifel und richten ihre politischen Forderungen insbesondere in Bezug auf den Islam danach aus (Forderungen nach Einreisebeschränkungen, Verboten oder Einschränkungen des Baus von Gotteshäusern etc.).

### Radikaler Konstruktivismus

Ideologischer radikaler Konstruktivismus ist ebenfalls *ein* Bestandteil der nationalpopulistischen »Kombinationsideologie« (Abb. 2). Die Kernaussage



des radikalen Konstruktivismus ist, dass eine Wahrnehmung kein Abbild einer »objektiven« Realität sei, sondern dass sich »Realität« für jeden Menschen subjektiv als eine kombinierte Konstruktion aus Sinnesreizen und Gedächtnisleistung darstelle. Daher sei »Objektivität« als eine Übereinstimmung von wahrgenommenem Bild und Realität unmöglich, denn jede Wahrnehmung sei individuell konstruiert und damit vollständig subjektiv. Der Kommunikationswissenschaftler Ernst von Glasersfeld gilt zusammen mit Heinz von Foerster als Begründer des »Radikalen Konstruktivismus« und Schöpfer der Begrifflichkeit: »Der Konstruktivismus, den ich vertrete, ist radikal, denn er versucht, unser Wissen als eine interne Konstruktion zu erklären und nicht wie üblich als Erkenntnis.«<sup>71</sup> Der »Radikale Konstruktivismus« beruht auf der Annahme, dass »alles Wissen, wie immer es auch definiert werden mag, nur in den Köpfen von Menschen existiert und dass das denkende Subjekt sein Wissen nur auf der Grundlage eigener Erfahrung konstruieren kann.«<sup>72</sup> Oder anders formuliert: Wahrnehmungen bilden die Wirklichkeit nicht ab, und das die Sinnesempfindungen verarbeitende Gehirn repräsentiert nicht die Realität, sondern konstruiert sie.

Demzufolge macht auch die Beschreibung einer Situation oder Entwicklung anhand »objektiver Fakten« nur wenig Sinn, da jeder Mensch andere eigene Erfahrungen hat bzw. macht und diese individuell zusammenfügt und gewichtet. Dies kann zwar durch soziale Interaktionen ähnlich sein, jedoch nie als gemeinsam Verstandenes erklärt werden. Wir sehen die Welt also niemals so, wie sie »wirklich ist«, sondern nach Maßgabe unserer Wahrnehmungsfähigkeit.

»Die Wirklichkeit, die unsere Weltschau, Gedanken, Gefühle und Handlungen bedingt, ist das Ergebnis einer ganz bestimmten Ordnung, die wir der [...] Vielfalt der Welt sozusagen aufstülpen und die also nicht das Resultat der Erfassung der »wirklichen Welt« ist, sondern die im eigentlichen Sinne eine ganz bestimmte Welt konstruiert.«<sup>73</sup>

Nationalpopulisten sind Anhänger des »radikalen Konstruktivismus«, sodass in diesem Kontext auch ihre vermeintliche »Faktenresistenz« in einem völlig neuen Licht erscheint. Ihre Weltsicht lautet: »Realität wird überbewertet.« Dieses flexible Verhältnis zur Realität setzen sie gezielt ein, um Wähler zu mobilisieren (Kap. 3). Sie wollen Politik nicht weniger, sondern mehr zur Glaubens- und Emotionsfrage machen. Den oft verheerenden Ergebnissen von Faktenchecks ihrer eigenen Aussagen halten sie konstruktivistisch entgegen: »Kann es denn die *eine* Wahrheit geben?«<sup>74</sup> Oder, um es mit Heinz von Foerster zu sagen: »Wahrheit ist die Erfindung eines Lügners.«<sup>75</sup>

Somit kann es auch kein wahres oder objektives Wissen geben. Ernst von Glaserfeld erklärt dies an einem Beispiel:

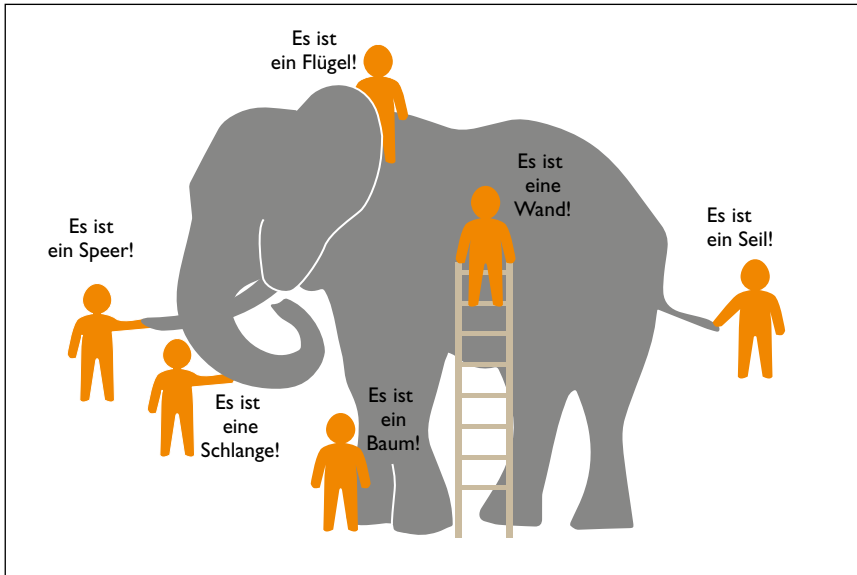
»Ein blinder Wanderer, der den Fluss jenseits eines nicht allzu dichten Waldes erreichen möchte, kann zwischen den Bäumen viele Wege finden, die ihn an sein Ziel bringen. Selbst wenn er tausendmal lief und alle die gewählten Wege in seinem Gedächtnis aufzeichnete, hätte er nicht ein Bild des Waldes, sondern ein Netz von Wegen, die zum gewünschten Ziel führen, eben weil sie die Bäume des Waldes erfolgreich vermeiden. Aus der Perspektive des Wanderers betrachtet, dessen einzige Erfahrung im Gehen und zeitweiligen Anstoßen besteht, wäre dieses Netz nicht mehr und nicht weniger als die Darstellung der bisher verwirklichten Möglichkeiten, an den Fluss zu gelangen. Angenommen der Wald verändert sich nicht zu schnell, so zeigt das Netz dem Waldläufer, wo er laufen kann; doch von den Hindernissen, zwischen denen alle diese erfolgreichen Wege liegen, sagt es ihm nichts, als dass sie eben sein Laufen hier und dort behindert haben. In diesem Sinn »passt« das Netz in den wirklichen Wald, doch die Umwelt, die der blinde Wanderer sieht, enthält weder Wald noch Bäume, wie ein außen stehender Beobachter sie sehen könnte. Sie besteht lediglich aus Schritten, die der Wanderer erfolgreich gemacht hat, und Schritten, die von Hindernissen vereitelt wurden.«<sup>76</sup>

Für einen radikalen Konstruktivisten stellt daher Wissen nie ein Bild der Realität dar, sondern nur eines von vielen möglichen Bildern (Abb. 3). Deshalb kann ein gangbarer Weg nie andere Wege ausschließen.<sup>77</sup>

Das Denken im Sinne des radikalen Konstruktivismus hört damit auf, Dingen a priori ein wahres Wesen zu unterstellen, denn alles hängt vom Beobachter ab. Dieser kann aus beliebig vielen Kriterien auswählen, um die Umwelt zu beobachten und zu bewerten.<sup>78</sup> Der Kommunikationswissenschaftler und »Konstruktivist« Paul Watzlawick betrachtete den Konstruktivismus in Bezug auf die menschliche Kommunikation (Kap. 3.4). Er betonte, dass das, worauf Individuen sich in zwischenmenschlichen Beziehungen als Realität bezögen, häufig nicht etwas objektiv Vorhandenes, also im herkömmlichen Sinne »Wirkliches« sei, sondern vielmehr etwas, was als »Wirklichkeit« durch Kommunikation selbst hergestellt und dem seine Bedeutung selbst zugeschrieben werde.<sup>79</sup> Zentrales Argument des radikalen Konstruktivismus ist daher, dass Menschen etwas wahrnehmen oder sehen können, was in der objektiven Realität nicht existiert. Mit einer derartigen Gesamtsichtweise können dann zum Beispiel auch Mitarbeiter

von Präsident Trump zu dem Ergebnis kommen, bei seiner Amtseinführung am 20. Januar 2017 seien mehr Personen gewesen als bei der von Präsident Obama 2009 und dafür »alternative Fakten« präsentieren.

Abb. 3: Der »Konstruktivismus-Elefant«



Quelle: Grafische Neugestaltung einer englischsprachigen Vorlage von Peter Baumgartner, Universität Flensburg; Ursprung unbekannt.

Solche ideologisierten Sichtweisen sind schon deshalb gefährlich, weil unsere von der Aufklärung geprägte moderne Gesellschaft unter anderem darauf beruht, dass zwar jeder seine eigene Meinung haben kann, aber niemand seine eigenen Fakten.<sup>80</sup> Wenn also subjektive Urteile über die »Wirklichkeit« als solche nicht mehr erkennbar sind, sondern den Status der Objektivität beanspruchen, dogmatische Erklärungen der Welt liefern, ihre Grenzen nicht eingestehen oder verbergen sowie aufgrund bestimmter Interessen und zu bestimmten Zwecken als »allgemeingültig« auftreten, werden sie zu Ideologien.<sup>81</sup>

### Kultureller Rassismus

Der »Kulturismus« bzw. »kulturelle Rassismus« gehört auch fest zum Ideologiegebäude des Nationalpopulismus. Es handelt sich um einen ursprüng-

lich von den Sozialwissenschaftlern Stuart Hall (1989) und Étienne Balibar (1992) geprägten Ansatz innerhalb der Rassismusideologie und -forschung. Dieser postuliert nicht die genetische Überlegenheit bestimmter Gruppen oder Völker über andere, sondern die kulturelle. Kultureller Rassismus fokussiert dabei die Schädlichkeit jeder kulturellen Grenzverwischung bzw. Vermischung und behauptet die Unvereinbarkeit von verschiedenen kulturellen Lebensweisen und Traditionen.<sup>82</sup>

»Ideologisch gehört der gegenwärtige Rassismus, der sich bei uns um den Komplex der Immigration herum ausgebildet hat, in den Zusammenhang eines »Rassismus ohne Rassen« [...]: eines Rassismus, dessen vorherrschendes Thema nicht mehr die biologische Vererbung, sondern die Unaufhebbarkeit der kulturellen Differenzen ist.«<sup>83</sup>

In dieser Tradition liefert der britische Soziologe und Politikwissenschaftler Robert Miles folgende Rassismusdefinition<sup>84</sup>:

- 1) »Gewissen biologischen Merkmalen wird eine Bedeutung zugeschrieben, wodurch sie zum Erkennungszeichen bestimmter Gruppen werden. Status und Herkunft der Gruppen werden so als natürlich und unveränderlich vorgestellt, das Anderssein der Gruppe erscheint als eine ihr innewohnende Tatsache. Mit anderen Worten, es kommt zu einer Rassenkonstruktion.
- 2) Die so gekennzeichnete Gruppe muss mit zusätzlichen, negativ bewerteten (biologischen oder kulturellen) Merkmalen versehen und so dargestellt werden, als verursache sie negative Folgen für andere.«

Den einzelnen Menschen werden durch ihre Zugehörigkeit zu einer Kultur bestimmte psychosoziale Eigenschaften und Fähigkeiten zugewiesen, die ihr Denken, Fühlen und Handeln angeblich bestimmen.<sup>85</sup> Eine kulturell-rassistische Spaltung hat daher nach Stuart Hall die Aufgabe, »Identität zu produzieren und Identifikationen abzusichern«. Durch die Stereotypisierung der »anderen« wirkt die eigene Gemeinschaft wie eine homogene Gruppe, in die »Fremde« sprachlich, sozial, religiös und kulturell nicht hineinpassen. Auf diese Weise erfolgt die Konstruktion der eigenen, abgrenzenden und exklusiven Identität.<sup>86</sup> Eine rassistische Ideologie entsteht dann, wenn die Schaffung von Ressentiments mit Machtstrategien verknüpft ist und diese dazu dienen, bestimmte Gruppen vom Zugang zu kulturellen und symbolischen Ressourcen auszuschließen.<sup>87</sup> Kultur wird daher meist als »Nationalkultur« gedacht.<sup>88</sup>

Das ideologische Bekenntnis der Nationalpopulisten zum Kulturrassismus beinhaltet auch eine konsequente Ablehnung eines »Kulturrelativismus«. Der Kulturrelativismus versucht, eine Sichtweise, die die eigene Kultur als maßgeblich betrachtet und alle anderen Kulturen im Hinblick auf die eigene Weltanschauung einstuft und beurteilt, zu vermeiden. Er argumentiert, dass Kulturen nicht verglichen oder aus dem Blickwinkel einer anderen Kultur bewertet werden könnten. Bestimmte intrakulturelle Verhaltensformen müssten immer im Licht des dazugehörigen Sozial-, Wertesystems und Kulturverständnisses gesehen werden. Einer der wichtigsten Vertreter des Kulturrelativismus ist der amerikanische Wissenschaftler Franz Boas. Im Jahr 1894 bezog er in einem Vortrag vor der »American Association for the Advancement of Science« erstmals öffentlich Stellung gegen den wissenschaftlichen Rassismus. Er machte deutlich, dass das Kriterium der Rasse keiner genauen wissenschaftlichen Überprüfung standhalten könne und als Analyseinstrument hinfällig sei.<sup>89</sup> Nationalpopulisten dagegen haben eine »ethnozentristische« Haltung, bei der der Ausgangspunkt der Bewertung aller Kulturen die eigene Kultur ist. Die Sitten, Normen und Werte anderer Kulturen werden immer im direkten Vergleich mit denen der eigenen Kultur bewertet und beurteilt. Der bekannte niederländische Nationalpopulist Geert Wilders von der Partei für die Freiheit (PVV) argumentiert:

»Der Kulturrelativismus schreibt vor, dass alle Kulturen moralisch ebenbürtig und wertvoll seien. Wenn alle Kulturen gleich wären, so folgte daraus, dass der Staat keine spezifischen kulturellen Werte bevorzugen darf. Kulturrelativisten folgern daraus, dass der Staat keine Leitkultur vorschreiben kann. [...] Das Dogma, dass alle Lebensstile, Meinungen und Überzeugungen von gleichem Wert wären, bedeutet die Zerstörung der westlichen Kultur. Es läutet die Rückkehr zur Barbarei ein. [...] Liebe Freunde, es gibt hier keinen Platz für die Scharia, weil die Hypothese des Kulturrelativismus falsch ist. Kulturen sind nicht gleich. Unsere Kultur ist weitaus besser als der Islam. Wir sollten stolz auf unsere Kultur sein und auf unsere westliche Identität.«<sup>90</sup>

Die kulturrassistische Ideologie ist eine Form, Machtverhältnisse als selbstverständlich zu etablieren. Da die nicht zurückführbare kulturelle Differenz als »natürliche Umwelt« des Menschen unterstellt wird, muss jede Verwischung dieser Differenz notwendigerweise zu »natürlichen« Abwehrreaktionen, zu »interethnischen Konflikten« und generell zu einem Anstieg der Aggressivität führen.<sup>91</sup> Nach der Logik dieser Ideologie

müssen daher »Toleranzschwellen« beachtet und »natürliche Distanzen« eingehalten werden, um rassistisches Verhalten zu verhindern. Als die besten »Trennmauern« gelten deshalb nationale Grenzen, was auch dem Bestreben aller Nationen entspricht, ihre Traditionen und damit ihre Identitäten zu bewahren.<sup>92</sup> Daher bietet es sich für Nationalpopulisten an, diese Ideologie nicht nur mit dem Nationalismus zu verbinden, sondern sie auch für Argumentationen und Politikkonzepte zur inneren Sicherheit heranzuziehen. Für Étienne Balibar liegt es ohnehin nahe, dass Nationalismus und Rassismus sich gegenseitig bedingen:

»Die Idee einer rassischen Gemeinschaft kommt auf, wenn sich die Grenzen der Zusammengehörigkeit auf der Ebene der Sippe, der Nachbarschaftsgemeinschaft und, zumindest theoretisch, der sozialen Klasse auflösen, um imaginär an die Schwelle der Nationalität verlagert zu werden.«<sup>93</sup>

Eines der wesentlichen kulturrassistischen Feindbilder in den westlichen Staaten bildet »der Islam«. Dieses Feindbild manifestiert sich durch die Konstruktion einer einheitlichen, nichtwestlichen und frauenfeindlichen Kultur: statisch, verschlossen, traditionalistisch, sexistisch, intolerant, puristisch und fanatisch. »Der Islam« wird damit kulturrassistisch als das genaue Gegenteil der Werte dargestellt, die für die »abendländisch-europäische Kultur« vermeintlich unabdingbar sind.<sup>94</sup> Der antimuslimische Rassismus richtet sich insbesondere gegen Menschen mit arabischem oder türkischem Familienhintergrund und gegen jene, die aus einer dominanten gesellschaftlichen Position heraus vermeintlich als solche wahrgenommen und stigmatisiert werden.<sup>95</sup> Hierfür können bereits Kopftuch und Name genügen. Dieses zentrale kulturrassistische Feindbild haben Nationalpopulisten intensiv und dankbar angenommen.

Nationalpopulistische kulturrassistische Konzepte in der Praxis vertrat zunächst die sogenannte »Identitäre Bewegung«. Es handelt sich hierbei um mehrere aktionistische, völkisch orientierte Gruppierungen, die von einer geschlossenen »europäischen Kultur« ausgehen, deren »Identität« vor allem von einer »Islamisierung« bedroht sei. Die »Identitäre Bewegung« entstand 2002 in Frankreich als *Le Bloc identitaire – Le mouvement social européen* (Identitärer Block – Die Europäische Sozialbewegung) und fand Anhänger in weiteren Staaten Europas. Sie selbst sehen sich als eine Neuerung mit Alleinstellungsmerkmal: »Wir sind die erste freie, patriotische Kraft, die sich aktiv und erfolgreich für Heimat, Freiheit und Tradition einsetzt.«<sup>96</sup> Die »Identitären« fordern nicht nur die Abschaffung der EU

zugunsten von Nationalstaaten, sondern auch deren rassische, religiöse und kulturelle Homogenität. Ihre Gegner sind alle Befürworter einer Gesellschaft, in der die Kategorien »Rasse«, »Kultur« oder »Religion« kein automatisches Unterscheidungskriterium darstellen.<sup>97</sup> Ein intellektueller Kopf der »Identitären Bewegung«, Walter Spatz, formuliert deren Weltanschauung so:

»Der Sammelbegriff »Mensch« ist in seiner identitären Bedeutsamkeit nur für die jeweiligen Völker angebracht. Einen weltweiten An- und Zuspruch gibt es nicht. Dieser ist letztlich Ausdruck der Machenschaft einer abstrahierten Idealität, die uns vom Eigenen trennt.«<sup>98</sup>

In diesem Zusammenhang ist auch die »*Alternative-Right*-Bewegung« (*Alt-Right*) in den USA als Beispiel anzuführen. Der Publizist Richard Spencer nimmt für sich in Anspruch, den Begriff 2008 etabliert zu haben. 2010 gründete er ein Onlinemagazin, das er »*Alternative Right*« nannte. Spencer sieht die »*Alt-Right*« im Gedankengut der »Neuen Rechten« verortet, bezeichnet sich als »Identitärer« und behauptet, mit der »Identitären Bewegung« in Europa in Kontakt zu stehen. Die »*Alt-Right*-Bewegung« wird mit »weißer Vorherrschaft«, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit in Verbindung gebracht. Sie spricht sich unter anderem gegen politische Korrektheit, Feminismus, Multikulturalismus und Immigration aus. Nach ihrer Ansicht ist die »weiße Rasse« allen anderen Rassen überlegen und der Mann der Frau.<sup>99</sup> Das im Jahr 2007 von Andrew Breitbart gegründete *Breitbart News Network* gilt als wichtiges Sprachrohr der Bewegung. Von 2012 bis August 2016 führte Stephen Bannon das Unternehmen. Im Juli 2016 äußerte er sich in einem Interview darüber: »Wir sind die Plattform für die *Alt-Right*-Bewegung.« Bannon war bis August 2017 der ranghöchste politikstrategische Berater des nationalpopulistischen US-Präsidenten Donald Trump. Der allerdings verhielt sich nach außen hin undankbar, in dem er sich nach seiner Wahl formal von der Bewegung distanzierte, die seinen Wahlkampf befeuerte.<sup>100</sup> Inhaltlich passt sie allerdings immer noch recht gut zu ihm.

Eine der Inspirationsquellen der »Identitären Bewegung« scheint auch der russische Philosoph und Soziologe Alexander Dugin zu sein. Beobachten gilt er als Ideengeber einer intellektualisierten »Neuen Rechten« in Russland. In zwei zentralen Werken legte Dugin seine Weltanschauung dar: »Die Vierte Politische Theorie« (2013) und »Konflikte der Zukunft – Die Rückkehr der Geopolitik« (2014). Das Kernstück seiner Lehre bildet die Kritik am Absolutheitsanspruch westlicher Werte wie Demokratie,

Menschenrechte, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit. Jede Kultur habe ihre eigenen Wahrheiten und Deutungsmuster, die gleichberechtigt neben den Wahrheiten anderer Kulturen stünden. Dugins Alternativkonzept ist eine Weltordnung, in der Zivilisationen ihren jeweils eigenen Kulturraum kontrollieren.<sup>101</sup> Wie viel politischen Einfluss Alexander Dugin tatsächlich in Russland ausübt, ist umstritten. Seine beeinflussende Wirkung auf nationalpopulistische Ideen und Ideologiebildung ist jedoch nachweisbar.

Ein europäisches Beispiel für nationalpopulistische kulturrassistische Konzepte ist die sogenannte Pegida-Bewegung in Deutschland. Pegida (»Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes«) veranstaltet seit dem 20. Oktober 2014, zunächst in Dresden und später auch in anderen deutschen Städten, Demonstrationen gegen die Einwanderungs- und Asylpolitik und eine von ihr behauptete Islamisierung Deutschlands und Europas. In einer ihrer Erklärungen heißt es: »Unsere Politiker wollen die Bundesrepublik Deutschland maßgeblich verändern, sie wollen das deutsche Volk abschaffen und uns durch eine multikulturelle Gesellschaft ersetzen, sie wollen einen Vielvölkerstaat auf deutschem Boden etablieren – damit verhalten sie sich wie Hochverräter.«<sup>102</sup> Es handelt sich um ein Phänomen, das in Europa und den USA schon lange existiert: Überall gibt es solche nationalpopulistischen kulturrassistischen Bewegungen, die in den jeweiligen Ausprägungen in ihren Ländern enorme Folgen für die politische Kultur, die politische Sprache und die politische Diskussion haben.<sup>103</sup>

### Ideologisierte Globalisierungskritik

Der Begriff »Globalisierung« ist ideologisch aufgeladen und lässt sich gut zu einem politischen Kampfbegriff instrumentalisieren. Gegenstand der ideologischen Auseinandersetzung ist in diesem Zusammenhang immer auch der Neoliberalismus als eine spezifische Form der Kapitalherrschaft: eine ökonomisch-politische Ordnung, deren Hauptmerkmale die Deregulierung der Finanzmärkte, die Privatisierung der Dienstleistungen und eine zunehmende soziale Ungleichheit sind. Mit jedem wirtschaftlichen Integrationsschritt zum Beispiel in Europa – von der Wirtschafts- und Währungsunion 1990 über den Stabilitätspakt 1997 bis zur Binnenmarktakte 2011 – wurden mehr Befugnisse der nationalen Parlamente an eine supranationale Bürokratie übertragen, die vom Willen der Wähler abgekoppelt ist.<sup>104</sup> Es erscheint paradox, dass die Globalisierungskritik eigentlich vom linken Spektrum begründet worden ist, jetzt aber auch in nationalpopulistischen Parteiprogrammen verwendet wird. Die Ziele sind jedoch verschieden: Der Unterschied zwischen nationalpopulistischer und linker Globa-



lisierungskritik ist, dass die »Linken« das Augenmerk auf die Menschheit und ihre kollektiven Probleme richten, die gemeinsam gelöst werden müssen, die Nationalpopulisten hingegen ihren Blick auf die Nation, geprägt durch Religion, Tradition und Hautfarbe, verengen.<sup>105</sup>

Eine symbiotische Beziehung zwischen Globalisierungsentwicklungen und der Ideologie nationalpopulistischer Strömungen kann dreifach begründet werden<sup>106</sup>:

- Erstens wird die Bevölkerung durch die wirtschaftlichen Auswirkungen der Globalisierung in Globalisierungsgewinner und -verlierer mit jeweils typischen Interessenlagen gespalten.
- Zweitens internationalisieren sich zunehmend die Entscheidungsgremien in der Politik, wodurch eine politische Entfremdung insbesondere von Globalisierungsverlierern bewirkt wird.
- Drittens bieten sich bestimmte Parteien an, diese Lücke zu füllen und die Interessen der politisch entfremdeten Globalisierungsverlierer politisch zu artikulieren.

Die Ausgrenzung von Fremden auch mit Argumenten linker Wirtschafts-ideologie zu verbinden, ist daher in ganz Europa zu einer Masche geworden. Nationalpopulisten treten immer öfter als Antikapitalisten im Gewand der alten Linken auf. Globalisierungskritik, bisher eine Domäne linker Politiker, wird nun am lautesten aus der nationalpopulistischen Ecke geäußert.<sup>107</sup> Das war nicht immer so:

»In den vergangenen Jahren fand eine Akzentverschiebung statt. Parteien wie die FPÖ in Österreich, die AfD in Deutschland oder der französische *Front National* begannen als wirtschaftsliberale Bewegungen. Nun vertreten sie Positionen linker Globalisierungskritiker.«<sup>108</sup>

Der Schwerpunkt auf Globalisierung in den Agenden der Nationalpopulisten entwickelte sich aus einer verstärkten Artikulierung der »sozialen Frage« und der Selbststilisierung als »Schutzmacht der kleinen Leute«. Sie argumentieren, dass die Globalisierung als ein ökonomisch motivierter Prozess der Entgrenzung eine fatale Entwicklung nehme, die weitestgehend gestoppt werden müsse.<sup>109</sup>

Ein konkretes Beispiel für globalisierungskritische Haltungen aus dem nationalpopulistischen Lager sind die Haltungen zu TTIP (*Transatlantic Trade and Investment Partnership*, dem Transatlantischen Freihandelsabkommen) mit den USA. Der knapp gescheiterte FPÖ-Präsidentschaftskandidat Norbert Hofer verkündete, TTIP zu stoppen, sei eine seiner Prioritäten. In Frankreich lehnt unter den größeren Parteien allein der *Front Natio-*

nal TTIP ab. Auch die Alternative für Deutschland spricht sich vehement dagegen aus. In den USA ist Präsident Donald Trump scheinbar gegen Freihandelsabkommen aller Art und daher bereits am 23. Januar 2017 aus dem pazifischen Freihandelsabkommen TTP (*Trans-Pacific Partnership*) ausgestiegen. Die Nationalpopulisten machen sich die starre Haltung und behauptete »Alternativlosigkeit« etablierter Parteien zunutze. Wer unbeirrt weiter versucht, mit Tricks wie einer »vorläufigen Anwendung« Freihandelsabkommen wie TTIP oder CETA (*Comprehensive Economic and Trade Agreement* – Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen) mit Kanada gegen eine massive öffentliche Ablehnung durchzudrücken, spielt mit dem Feuer. Genau das ist Wasser auf die Mühlen der Nationalpopulisten, die die politische Klasse für korrupt bis ins Mark und für willfährige Helfershelfer von Konzernen halten sowie die Europäische Union (EU) zu einem unreformierbaren, undemokratischen Konstrukt erklären.<sup>110</sup> Wenn von politischen Beobachtern eine stärkere Hinwendung nationalpopulistischer Parteien zu »Antikapitalismus« und »Globalisierungskritik« moniert wird, muss auch festgehalten werden, dass es sich dabei nicht um einen »Strategiewechsel« oder um eine neue Strategie handelt. Diese Parteien spielen nur eine Karte aus, die sie schon immer im Talon hatten.<sup>111</sup>

In diesen Kontext passt die Beschreibung einer AfD-Veranstaltung mit Frauke Petry am 15. November 2016 in Postlin, Brandenburg: »Petry arbeitet sich über die Kritik an der EU und der Flüchtlingspolitik der Kanzlerin zum Freihandelsabkommen TTIP vor. In ihrer Globalisierungskritik gerät sie so weit auf die linke Spur, dass sich die jungen Punks erstaunt anschauen. Einer von ihnen klatscht, als die AfD-Chefin sagt, die Globalisierung verletze das Völkerrecht.«<sup>112</sup>

Die nationalpopulistische deutsche »Bürgerbewegung pro Deutschland« formuliert ihre ideologisierte Globalisierungskritik in ihrem »Programm« so:

»Die Bürgerbewegung pro Deutschland [...] erteilt der Idee des globalisierten Arbeitsmarktes eine Absage. Während die alten politischen Kräfte den Globalisierungskonzernen ständig nachgeben, Arbeitsplätze exportieren, dabei gleichzeitig Arbeitssuchende importieren und so das Lohn- und Beschäftigungsniveau in Deutschland nach unten drücken, fordert pro Deutschland die Politik zur Zurückweisung der Machtansprüche der multinationalen Unternehmen und insbesondere der Großbanken und Versicherungskonzerne auf. [...] Pro Deutschland will die Multis und die Geldkonzerne schwächen, aber die Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie die kleinen Gewerbetreibenden und die mittelständischen Unternehmen stärken.«<sup>113</sup>

Neben der Globalisierungskritik ist auch die zunehmende »Proletarisierung« der eigenen Wählerschaft zu einem Markenzeichen des Nationalpopulismus geworden und geht Hand in Hand mit einem immer pointierteren Sozialprotektionismus. Der Aufstieg nationalpopulistischer Parteien geschah zu größeren Teilen auf Kosten der traditionellen Linksparteien. So ist die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) innerhalb von zwei Jahrzehnten zu einer proletarischen Mittelpartei mutiert. Bei Wahlen ist sie längst zur mit Abstand stärksten Kraft bei Facharbeitern, Arbeitern und Lehrlingen geworden, und ein guter Teil ihrer Protesthaltung ist als »linkspopulistisch« zu qualifizieren.<sup>114</sup>

Es ist insgesamt auffällig, dass Nationalpopulisten teilweise wirtschaftspolitische Positionen vertreten, die traditionell eher als »links« galten. Es waren die politische Linke, die Gewerkschaften oder Attac und Co., die in den westlichen Industriestaaten Globalisierungskritik salonfähig gemacht haben. Doch politisch erfolgreicher sind damit – als Teil ihrer Ideologie – heute die Nationalpopulisten. Teile des klassischen Arbeitermilieus fühlen sich derzeit durch sie besser vertreten als durch »linke Parteien« oder Gewerkschaften.<sup>115</sup> Mit der Orientierung auf Antikapitalismus und Globalisierungskritik wird eine ideologische Orientierung mit Inhalten unteretzt, die ein Anknüpfen an alltägliche Problemlagen und Erfahrungen potenzieller Wähler möglich machen. Gleichzeitig sind diese Argumentationen eingebunden in Konzepte von völkischen Solidargemeinschaften.<sup>116</sup> Wie erfolgreiche ideologisierte Globalisierungskritik aus der nationalpopulistischen Ecke sein kann, hat unter anderem der Wahlausgang der Präsidentschaftswahl in den USA im November 2016 gezeigt: Donald Trump hat die Wahl auch deshalb gewonnen, weil er gegen freien Handel wetterte.

### Nationalpopulismus

Die wichtigste politische Trennungslinie in Europa und Nordamerika verläuft heute zwischen zwei politischen De-facto-Koalitionen: die der Globalisierung zugeneigten Gruppierung und die der Territorialität. Die erste sucht die geografischen Grenzen zu überwinden, die zweite, sie zu restaurieren. Diese beiden Gruppierungen fallen jedoch nicht mit den traditionellen politischen Parteien zusammen. Es geht hier vielmehr um Mentalitäten und Wähleraffinitäten.<sup>117</sup> Die daran angelehnten populistischen Bewegungen und Parteien fordern dabei die Überwindung des klassischen Rechts-Links-Gegensatzes zugunsten angeblich neuer Konfliktlinien. Damit gewinnen sie Stimmen bei allen konkurrierenden Parteien. Zuwachs verzeichnen sie auch bei Nichtwählern, die sich nur noch gelegentlich zu

einem Protestvotum an die Wahlurnen locken lassen. Gerade für eine vergleichende Analyse bietet sich deshalb der Begriff des Nationalpopulismus an. Er hebt einerseits ab auf die vertikale Abgrenzung zwischen dem mobilisierten »homogenen Volkswillen« gegen eine »korrupte Elite« und damit auf die korrespondierende populistische Kritik am liberalen Konstitutionalismus und an der repräsentativen Demokratie (Anti-Parteien-Parteien). Andererseits macht der Begriff deutlich, dass sich all jene Akteure vorrangig ideologisch über einen Rückgriff auf eine kollektive nationale Identität und in Abgrenzung von »den anderen« (Minderheiten, Einwanderer, internationale Konzerne, Nachbarländer, EU etc.) definieren.<sup>118</sup>

Es lassen sich grundsätzlich drei Ebenen des Nationalpopulismus unterscheiden:

- *die gesellschaftliche Ebene*: Sie ist ein Katalysator des Nationalpopulismus, denn durch gesellschaftliche Modernisierungs- und Umstrukturierungsprozesse kommt es zu Veränderungen im Wertesystem, die wiederum Ängste vor Entfremdung und Identitätsverlust in der Bevölkerung hervorrufen. Diese Unsicherheit bietet den Nährboden für Populisten, denn viele Menschen empfinden »die Politik« als unzulänglich und fühlen sich nicht repräsentiert, da der Eindruck entsteht, der Staat verliere die Kontrolle über das eigene Land;
- *die ideologische Ebene*: Sie umfasst das Weltbild nationalpopulistischer Bewegungen und Parteien als Handlungsgrundlage. Dabei wird nicht auf fahrende »Themenzüge« aufgesprungen, sondern es werden neue Inhalte definiert. Dies verlangt eine solide, aber auch anpassungsfähige ideologische Basis. Diese weisen Nationalpopulisten mit der Kombination verschiedener Ideologien nach;
- *die organisatorische Ebene*: Diese umfasst sowohl charismatische Führungspersönlichkeiten als auch – im Anfangsstadium – einen Charakter als »Bewegungen«, wodurch die Absicht verfolgt wird, in der Bevölkerung eine Assoziation »vom Volk ausgehend« hervorzurufen. Damit soll sich von den »etablierten Parteien« abgehoben werden.

Nationalpopulisten sind »territorial« ausgerichtet und mobilisieren wirtschaftlichen und kulturellen Protektionismus. Der Nationalstaat bzw. die ethnisch definierte Volksgemeinschaft sollen Importe und Investitionen, die heimische Arbeitsplätze gefährden, aufhalten und darüber hinaus die Einwanderung fremder Ideen und fremder Menschen unterbinden. In fast allen europäischen Parteiensystemen setzt sich die Abkehr von soziologisch wie programmatisch konturierten Parteien der linken und rechten Mitte fort. Es profitieren davon die von vornherein auf eine »volatile« Wählerschaft eingestellten populistischen Parteien.<sup>119</sup>

Nationalpopulistische Bewegungen und Parteien versuchen, einen »Identitätskern« für eine begrenzte Personengruppe und ein begrenztes Territorium zu erzeugen und diesen gegen »die anderen« zu verteidigen. Diese »anderen« sind alle, die nicht dem eigenen Kulturkreis angehören (Einwanderer, Ausländer, Flüchtlinge und Asylsuchende), die angeblich aufgrund ihrer Hautfarbe, Religion oder Gesellschafts- und Rechtsvorstellung eine »Bedrohung für die kulturelle Identität« der Einheimischen darstellen. In vertikaler Perspektive sind die »anderen« Vertreter des sogenannten politischen und gesellschaftlichen »Establishments«, das heißt etablierte demokratische Parteien, Institutionen des demokratischen Rechtsstaats und Leitmedien.<sup>120</sup>

Problematisch an nationalpopulistischen Bewegungen und Parteien ist allein schon die Art und Weise, wie sie sich an die Öffentlichkeit wenden: Angst einflößend, mit Vorurteilen spielend, diskriminierend, missverständlich, verleumdend, anbiedernd, Tabus brechend und dabei bewusst die Rolle des Außenseiters suchend. Sie sind politische Unternehmer, die mit Sorgen spielen und Ängste und Bedrohungsgefühle verkaufen. Populisten sind Problemsucher, keine Problemlöser. Sie leben vom latenten Unbehagen in Teilen der Bevölkerung, das sie wecken und befeuern. Sie präsentieren für jedes Problem Schuldige, meist »die Fremden« oder »die da oben« und haben schnelle Lösungen parat.<sup>121</sup>

Populistische Bewegungen und Parteien sind immer ein Produkt gesellschaftlicher Modernisierungskrisen. Solche Krisen treten in Zeiten beschleunigten sozialen Wandels auf und führen zu einer wachsenden Spaltung der Gesellschaft in Gewinner und Verlierer.<sup>122</sup> Der Vertretungsanspruch der Nationalpopulisten hat sich mittlerweile von den »kleinen Leuten« und dem von der Modernisierung bedrohten Mittelstand auf alle dem Wohlfahrtsstaat kritisch gegenüberstehenden Kreise ausgeweitet.<sup>123</sup> Die populistische Vorstellung, die Politik müsse stets das tun, was das Volk wolle, ist dabei weitverbreitet. Es ist erkennbar, dass Teile der Gesellschaft das Prinzip der repräsentativen Demokratie nicht verinnerlicht haben, wonach die Wahlentscheidung nicht nur bestimmte politische Positionen unterstützt, sondern den gewählten Vertretern im Parlament auf Zeit die Verantwortung für das Land überträgt, verbunden mit der Verpflichtung, dem eigenen Gewissen zu folgen und nicht einem aktuell vermuteten Volkswillen.<sup>124</sup> Populismus speist sich auch aus dem geringen Ansehen von Regierungen, Parteien und Berufspolitikern in der Bevölkerung, was inzwischen nicht nur in fragilen Staaten, sondern auch in Europa zur zentralen Herausforderung wird.<sup>125</sup> Die politische Elite erscheint typischerweise als korrupt, als interessiert an den Pfründen der Macht, als abgeho-

ben und weltfremd.<sup>126</sup> Der Aufstieg nationalpopulistischer Bewegungen ist mithin eng verknüpft mit einer Krise etablierter Parteien.

Die Journalistin Melanie Amman beschreibt in ihrem Buch<sup>127</sup> die Ideologien in der Alternative für Deutschland. Ihre Aussagen lassen sich aber problemlos auf alle nationalpopulistischen Bewegungen und Parteien anwenden. Die Besonderheit dieser Gruppierungen ist, dass für sie Politik nicht mit der Betrachtung der Wirklichkeit beginnt, sondern mit dem Impetus, die Wirklichkeit ihren politischen Zielen anzupassen. Im Dienst der eigenen Überzeugungen werden Fakten ignoriert, bürgerliche Freiräume beschnitten und Stimmungen durch Desinformation und Agitation geschürt. Das bedeutet auch, dass ein Drang dazu herrscht, unerwünschte Entwicklungen im »Hauruckverfahren« zu revidieren, selbst wenn dies mit hohen Kosten für die Allgemeinheit verbunden ist. Die Haltungen der Nationalpopulisten stehen damit in krassem Widerspruch zu ihrem Selbstbild als Bewegungen des »gesunden Menschenverstandes«.<sup>128</sup> Die Wahl des Nationalpopulisten Donald Trump zum US-Präsidenten und seine Handlungen nach der Amtseinführung am 20. Januar 2017 haben dies einmal mehr deutlich gezeigt: Etablierte Politik, Abkommen und Bündnisse auf nationaler und internationaler Ebene werden infrage gestellt, um das eigene Land wieder groß zu machen. Seriöse Medien werden als »Fake News« bezeichnet und es werden Ereignisse bzw. Entwicklungen erfunden, die gut zur eigenen Politik passen. Zudem werden kultureller Rassismus und alternative Wahrnehmungswelten zunehmend salonfähig gemacht.